Übersicht

Der Bürgermeister
Hilden, den 04.04.2023
AZ.:

WP 20-25 SV 51/217

Mitteilungsvorlage

Sachstandsbericht Asyl

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Allianz			
Ratsmitglied Erbe			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Organisatorische Auswirkungen	☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Integrationsrat	03.05.2023	Kenntnisnahme
Sozialausschuss	04.05.2023	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:
Der Integrationsrat und der Sozialausschuss nehmen die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstandsbericht Asyl zur Kenntnis.

Erläuterungen und Begründungen:

Sachstandsbericht Asyl

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist in den ersten Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies spiegelt sich auch in der Verteilstatistik der Bezirksregierung wieder. Demnach hat die Stadt Hilden aktuell ein Aufnahmesoll von weiteren 88 Personen.
Die problematische Unterbringungssituation bleibt damit weiter bestehen und könnte sich bei anhaltenden Zuweisungen weiter zuspitzen.

Die personelle Situation hat sich hingegen weiter entspannt. Wie geplant hat am 04.04.2023 eine Sozialarbeiterin in Teilzeit ihre Tätigkeit aufgenommen, sodass nun alle Stellen im Bereich Sozialarbeit besetzt sind. Zusätzlich wird der Verwaltungsbereich ab 03.04.2023 durch eine Springerkraft in Vollzeit unterstützt. Dies wurde aufgrund der weiterhin hohen Bewohnerzahlen und der starken Fluktuation, insbesondere für den Bereich der Unterkunftsverwaltung und Gebührenerfassung dringend erforderlich.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:
Die Aufnahme weiterer geflüchteter Menschen erfordert die Bereitstellung von Unterkunftsmöglichkeiten. Dies kann durch zusätzliche Wohncontainer, durch Umbau bestehender Unterkünfte, den Erwerb von Bestandsimmobilien etc. realisiert werden. Alle diese Maßnahmen haben Auswirkungen auf das Klima. Zudem müssen Unterkünfte entsprechend ihrer Nutzung geheizt werden.
Hinzu kommen die Beschaffung von Ausstattungen, eine gestiegene Anzahl von Umzügen zwischen den Unterkünften, sowie gestiegener Beratungsbedarf in den Unterkünften und damit einhergehend eine vermehrte Nutzung von PKW.